

exit!

KRISE UND KRITIK DER WARENGESELLSCHAFT

Heft 16/2019

Herausgegeben vom
Verein für kritische Gesellschaftswissenschaften e. V.

zu**Klappen!** 

exit! Krise und Kritik der Warengesellschaft
16. Jahrgang (2019), Heft 16

Herausgeber- und Redaktionsanschrift

Verein für kritische Gesellschaftswissenschaften e. V.
c/o Herbert Böttcher
Osterhausstr. 29
56072 Koblenz

Redaktion

Elisabeth Böttcher (Koblenz)
Thomas Meyer (Marburg)
Claus Peter Ortlieb (Hamburg)
Patrice Schlauch (Tübingen)
Roswitha Scholz (Fürth)
Daniel Späth (Tübingen)

Erscheinungsweise

Die exit! erscheint in der Regel einmal jährlich. Preis des Einzelheftes liegt zur Zeit bei 22,- Euro [D]; Jahresabo Inland zur Zeit pro Heft: 17,- Euro zzgl. Versandkosten (3,- Euro) [D]; Bezugspreis Ausland bitte erfragen. Berechnung jährlich bei Auslieferung des Heftes. Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn die Kündigung nicht bis zum 15.11. des jeweiligen Jahres erfolgt. Fragen zum Abonnement, Abobestellung oder -kündigung bitte an folgende Adresse:

Germinal GmbH,
Verlags- und Medienhandlung, Tel.: 0641/41700
Siemensstraße 16, Fax: 0641/943251
D-35463 Fernwald E-Mail: bestellservice@germinal.de

Satz

Germano Wallmann, Gronau, www.geisterwort.de

Umschlaggestaltung

Stefan Hilden, HildenDesign, München, www.hildendesign.de

Druck

CPI – Clausen und Bosse, Leck, www.cpi-print.de

ISBN 978-3-86674-587-2

© zu Klampen Verlag 2019

Röse 21, 31832 Springe, www.zuklampen.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über [<http://dnb.dnb.de>](http://dnb.dnb.de) abrufbar.

Inhalt

Editorial 5

»Irgend etwas geht seinen Gang.« oder Der Abpfeiff, den niemand hören will. Offener Brief an die Interessenten und Interessentinnen von *exit!* zum Jahreswechsel 2018/19 23

Roswitha Scholz »Die Demokratie frisst immer noch ihre Kinder« – heute erst recht! Überlegungen zu einem 25 Jahre alten Text und einige kritische Bemerkungen zu dem Artikel von Daniel Späth »Querfront allerorten!« 30

Gerd Bedszent Staatsgewalt vom Beginn der Neuzeit bis heute. Der Nationalstaat als Geburtshelfer und Dienstleister der Warenproduktion 61

Herbert Böttcher Hilft in der Krise nur noch beten? Zur philosophischen Flucht in paulinischen Messianismus 86

Thomas Meyer Geschlecht zwischen performativer »Spielmarke« und Biologisierung. Eine Kritik spätpostmoderner Queerness und der medizinische Diskurs um »Transsexualität« 182

Thomas Meyer Zur anhaltenden Aporie der Geschichte. Nachtrag zu »Geld – ist doch klar, oder?« 215

Jan Luschach Zur immanenten Polarität bürgerlicher Geschichtstheorie 232

Editorial

Wenn wir untergehen sollten – was wahrscheinlich ist –, dann müssen wir uns derart verhalten, daß wir nicht untergehen, ohne existiert zu haben. Die furchtbaren Kräfte, denen wir konfrontiert sind, schicken sich an, uns zu vernichten; natürlich können sie verhindern, daß wir ganz existiert, d. h. der Welt das Zeichen unseres Willens eingeprägt haben. Aber es gibt einen Bereich, in dem sie ohnmächtig sind. Sie können nicht verhindern, daß wir klar das Objekt unserer Anstrengung erfassen, um, sofern unser Wille sich nicht erfüllen kann, wenigstens klar zu wollen und nicht blind zu wünschen.

Simone Weil in: La Révolution prolétarienne vom 25.08.1933¹

Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte vom Faschismus schweigen. Dieses Wort Horkheimers gilt heute nach wie vor und ist zugleich darum zu erweitern, dass, wer von der Fetischkonstitution der Wert-Abspaltungs-Gesellschaft nicht reden will, auch von sozialen Kämpfen schweigen sollte. Zweifellos ist die ›soziale Frage‹ verstärkt ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Wahlsieges Donald Trumps vor zwei Jahren. Nicht Wenige kritisierten dabei, dass die ›Arbeiterklasse‹ lange Zeit aus dem Fokus gerückt sei und eine linksbürgerliche Mittelschicht sich auf ›Identitätspolitik‹ und ›LBGT-Fragen‹ konzentriert habe und Arbeiter/-innen sich daher für Trump entschieden hätten. Diese Kritiken mögen zwar insofern recht haben, als die Linksbürgerlichen in der Tat eher wenig Interesse für die ›soziale Unterschicht‹, für die *working poor* zeigten, deren Armut ja längst unübersehbar geworden ist (Obdachlosigkeit, Flaschen sammelnde Rentner gehören mittlerweile zum Alltag) und die auch längst die Mittelschicht erreicht hat. Sie liegen dennoch falsch, wenn sie andeuten, Rassismus habe nun seine eigentliche Ursache in der Verarmung der letzten Jahre, wie etwa die national-soziale Schar Wagenknecht immer wieder betont. Ebenso liegen diese Kritiken, wenn sie andeuten, die Linke müsse ›Identitätsfragen‹ vergessen (und damit Homophobie usw. zu einer Nebensache erklären bzw. zugespitzt formuliert zu

1 Vgl. Simone Weil: *Unterdrückung und Freiheit – Politische Schriften*, München 1975, zuerst Paris 1955, 136f.

einem weniger wichtigen ›Luxusproblem‹) und sich endlich wieder auf die ›Arbeiterfrage‹ bzw. ›Klassenfrage‹ konzentrieren.² Folglich ist in letzter Zeit wieder von ›Klasse‹ und ›sozialer Frage‹ die Rede, ohne dass dabei die notwendige soziale Emanzipation auf der Höhe der Zeit *gegen* die Realkategorien der Wert-Abspaltungs-Gesellschaft neu formuliert wird, vielmehr wird alter Wein in neue Gläser gegossen.³ Von einer ›Wiederkehr‹ der sozialen Frage kann dennoch nicht die Rede sein, da sie niemals verschwunden war und eine neue Massenarmut bereits seit Jahrzehnten im Schwange ist.⁴ In unserem Zusammenhang wurde schon mehrfach auf den drohenden und sukzessive erfolgenden sozialen Absturz der Mittelklassen mit den entsprechenden ideologischen Verwerfungen verwiesen.⁵ Die Krise verschärft sich immer weiter, was auch bedeutet, dass sie sich in den Zentren immer weiter manifestiert und in diesen eben oft das ›nachgeholt‹ wird, was in der Peripherie schon längst gang und gäbe ist. Man kann also von einer ›nachholenden Verelendung‹ sprechen. Mittlerweile unübersehbar sind die sozialen Schieflagen, die aber nicht unwidersprochen bleiben, wie entsprechende Proteste zeigen. So sind die Mieten zunehmend unbezahlbar, nicht wenige Menschen müssen bedeutende Teile ihres Einkommens für die Miete aufbringen und es ist für den ›Mieten-Wahnsinn‹ kein Ende in Sicht. Schlussendlich müssen die Leute ihre Wohnung räumen und in kleinere Wohnungen ziehen, die dann trotzdem teurer sind als ihre alten (noch nicht renovierten). Zur Not ›hilft‹ eine entsprechende Knüppelgarde. Gern wird in diesem Zusammenhang ein ›Menschenrecht auf Wohnen‹ gefordert und dass die Mieten erschwinglich zu sein hätten, dass Wohnraum nicht der ›Spekulation‹ überlassen werden sollte usw. Jede ›gut gemeinte‹ Maßnahme endet aber im Finanzierungsvorbehalt und auch die ›Versprechen‹, *möglicherweise* mehr sozialen Wohnraum schaffen zu wollen, realisieren sich letztendlich nur für diejenigen, die ihn sich leisten können. In so einer Situation wäre die angemessene Reaktion zu fordern, die materiellen Güter eben der Verwertungslogik zu

2 Vgl. dazu Dowling, Emma; van Dyk, Silke; Graefe, Stefanie: Rückkehr des Hauptwiderspruchs? – Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der ›Identitätspolitik‹, in: *PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* Nr. 188 (Gesellschaftskritik und 150 Jahre Kritik der politischen Ökonomie), Berlin 2017, 411–420.

3 Vgl. dazu den Vortrag von Roswitha Scholz auf dem exit!-Seminar 2018, auf exit-online.org.

4 Vgl. den Radiobeitrag von 2006 von Robert Kurz: <https://www.freie-radios.net/14317>.

5 So etwa in: Roswitha Scholz: Überflüssigsein und ›Mittelschichtangst‹ – Das Phänomen der Exklusion und die soziale Stratifikation im Kapitalismus, in: *exit! – Krise und Kritik der Waren-gesellschaft* Nr. 5, Bad Honnef 2008, 58–104; sowie: Robert Kurz: Das letzte Stadium der Mittelklasse (2004), auf exit-online.org.

entreißen, wenn diese nicht mehr nach den kapitalistischen Kriterien mobilisiert werden können. Da aber der Kapitalismus auf dem Menschenopfer⁶ beruht, ist die ultima ratio letztendlich die, die materiellen Güter zu verschrotten, nicht verkaufte Brot in den Müll zu werfen, Wohnungen leer stehen zu lassen und alle die zu *kriminalisieren*, die dem praktisch widersprechen wollen, indem etwa leerstehende Häuser besetzt oder zuvor geräumte Wohnungen wieder bezogen werden. Eher werden die Menschen zu Störfaktoren, zu einem Sicherheitsproblem erklärt, als dass die offensichtliche Widersinnigkeit des Kapitalismus zur Sprache kommt. Diktatorische Maßnahmen stehen im Fall der Fälle jederzeit zum Abruf bereit (s. u.). An entsprechenden >Bluthunden< und >willigen Helfern< wird es jedenfalls nicht mangeln. Da weiß sich die >wehrhafte Demokratie< in der Tat zu helfen.

Der ohnehin grassierende Rassismus verschärft sich noch mehr, wenn die Flüchtlinge für die Altersarmut und den Wohnungsmangel verantwortlich gemacht werden, als ob vor der >Flüchtlingskrise< die soziale Situation super gewesen wäre (Hartz-IV, Leiharbeit usw.), als ob es der alleinerziehenden Mutter oder dem Rentner finanziell besser erginge, wenn die Flüchtlinge nicht gekommen wären. Natürlich legen damit die >besorgten< Nazis von der AfD den Grundstein für Pogrome. Statt Solidarität rassistische Menschenselektion. Letzteres wurde bereits deutlich bei der Essener Tafel Anfang 2018, die nur noch Essen an >Deutsche< verteilen wollte. Zweifellos ist der Bedarf enorm, nicht zuletzt bei Menschen mit Migrations- oder Flucht-Hintergrund, aber statt Solidarität zu praktizieren, indem dafür mobilisiert wird, dass *alle* genug bekommen, und sei es, indem man gegen den bürgerlichen >Tauschidealismus< verstößt und darauf beharrt, dass wenigstens nichts weggeworfen würde, nicht verkaufte Waren also anzueignen wären, blieb die >Knappheit< im Bewusstsein eine unumstößliche Naturtatsache. Wenig verwunderlich, dass Wagenknecht die Tafeln auch noch verteidigte. Zwar war die Reaktion vieler Empörter in der Tat scheinheilig, gerade jener, die für die antisozialen Katastrophen mitverantwortlich waren (Agenda 2010 von Rot-Grün usw.). Wagenknechts angebliche Sozialkritik ist aber selbst scheinheilig, wenn sie allen Ernstes meint, dieser Situation dadurch zu begegnen, dass sie Verständnis für rassistische Maßnahmen zeigt.⁷

6 Nichts zeigt das wohl deutlicher als die >Klimapolitik<, vgl. Tomasz Koniecz: Klimapolitischer Schwindel für Fortgeschrittene, Telepolis vom 04.11.2018, sowie ders. Postkapitalismus ohne Verzicht, Telepolis vom 11.08.2018.

7 Matthias Meisner: Wagenknecht verteidigt Essener Tafel, tagesspiegel.de vom 26.02.2018.

Die Agitatoren eines faschistischen Rucks wollen von einer fundamentalen Kritik des Kapitalismus selbstverständlich nichts wissen. Stattdessen wird das nicht mehr zu ignorierende Elend rassistisch gewendet, was in der angestrebten ›Sozialpolitik‹ des Naziflügels der AfD deutlich wird⁸, die auf dem AfD-Parteitag am 30.06.2018 in Augsburg angegangen wurde. So heißt es in der Rede von Björn Höcke: »Denken wir also Identität und Solidarität zusammen, auch und vor allem in einem zentralen Politikfeld, das über die Zukunft dieses Landes mitentscheiden wird, im Bereich der Sozialpolitik mit den Unterfeldern Gesundheit, Rente und Pflege. Denken wir also Identität und Solidarität zusammen und dann werden wir Volkspartei werden und zwar die einzige relevante Volkspartei der Zukunft der Bundesrepublik Deutschland. [Applaus] Ich bin der festen Überzeugung, das ist meine Lageanalyse der Lage in Deutschland, in Europa und der Welt; ich bin der festen Überzeugung, dass die AfD die Partei des sozialen Friedens bleiben (!) und sich noch verstärkt als Partei des sozialen Friedens in das Bewusstsein der Menschen in diesem Land bringen muss. [Applaus]«

Die ›Partei des sozialen Friedens‹! Auf diese Idee muss man erst mal kommen. Wie dieser ›soziale Friede‹ aussieht, zeigte beispielsweise der AfD-Nazi Andreas Winhart auf einer Wahlkampfrede in Bayern im Herbst 2018: »Es gibt unglaublich viele HIV-Fälle, die gibt es ja in Schwarz-Afrika, das wissen wir. Es gibt aber auch Krätze, meine Damen und Herren, es gibt TBC bei uns wieder. Ich möchte wissen, wenn mich in der Nachbarschaft ein Neger anküsst (!) oder anhustet, dann muss ich wissen, ist der krank oder nicht krank, liebe Freunde und das müssen wir sicherstellen. [...] Wir haben am 14. Oktober die Chance, die AfD in den bayrischen Landtag hineinzuschicken, Frau Merkel in den Ruhestand zu senden und die Soros-Flotte (!!) mit den ganzen Rettungsbooten im Mittelmeer zu versenken (!!!) [Applaus]« (Heute-Show vom 12.10.2018).

Das sollte also zur Genüge zeigen, dass jene ›Linke‹ oder Linksliberalen sich fundamental irren, wenn sie meinen, sie könnten Rassismus ignorieren oder zum ›Nebenwiderspruch‹ abstempeln und dabei fordern, nun *endlich wieder* soziale Lagen und Klassenverhältnisse in den Fokus zu rücken; als ob Rassismus und soziale Lagen voneinander trennbar wären! Höcke und die Seinen machen deutlich, wohin die Reise gehen wird. ›Solidarische‹ Brotkrümel für die ›Reinrassigen‹, und die Übrigen, die eben nicht der ›deutsch-nationalen Identität‹

8 Zu Björn Höckes faschistischer Ideologie, wie sie in seinem Buch (»Nie zweimal in denselben Fluss«) ausgebreitet wurde, vgl. Andreas Kemper: Björn Höckes faschistischer Fluss – Der völkische Machiavellismus des AfD-Politikers, in: *Graswurzelrevolution* 9/2018.

entsprechen, erfahren keine Solidarität, sondern sollen am besten geräuschlos im Mittelmeer ertrinken.⁹

Die Krisenfolgen zeigen sich auch wiederholt im Zusammenbruch des Gesundheitssystems. Entsprechende ›Strukturanpassungsprogramme‹ führten immer wieder dazu, dass jede medizinische Versorgung eingestampft wurde, als sie sich nicht mehr ›finanzieren‹ ließ, was man in den letzten Jahren beispielsweise in Griechenland sehen konnte.¹⁰ Auch hierzulande führte die Privatisierung der Krankenhäuser, die ›Ökonomisierung des Gesundheitswesens‹, zu einer Mehrklassenmedizin und zu dem sogenannten ›Pflegetotstand‹. Natürlich wird an Personalkosten gespart, was sich dann daran zeigt, dass im Pflege- und Sozialbereich dauerhaft Personalmangel herrscht, dass zum normalen Arbeitsalltag zahllose Überstunden gehören, die nicht abgebaut werden (können), zudem die miserable Bezahlung. Kein Wunder, dass immer weniger Menschen angesichts der katastrophalen Arbeitsbedingungen diesen Beruf ergreifen wollen. Der Pflegetotstand, so hieß es in den Medien, hat mittlerweile einen solchen Umfang angenommen, dass dieser *gesundheitsgefährdend* ist. Nun regte sich auch gegen den Pflegetotstand Protest, so durch Streiks und durch die Kampagne ›Menschen vor Profite! – Pflegetotstand stoppen!‹ der Linkspartei. Wenig überraschend wird die Krise des Gesundheitswesens nicht in einer grundsätzlichen Krise des Kapitalismus, sondern in Privatisierung und Neoliberalismus gesehen.¹¹ Eine Refinanzierung zu fordern und mehr Leute einzustellen geht am Entscheidenden vorbei. Sicherlich ließe sich immanent durchaus etwas drehen, beispielsweise durch Umverteilung diverser Finanztöpfe, und ganz sicher sind auch immanente Kämpfe, wie Streiks für höhere Löhne und

9 Wie krass die allgemeine rassistische Verrohung bereits ist, machte etwa *Die Zeit* deutlich, als ernsthaft diskutiert wurde, ob man Ertrinkende im Mittelmeer retten solle, vgl. Tomasz Konicz: »Absaufen« – Pro und Contra, Telepolis vom 18.07.2018.

10 Vgl. z. B. Das Gesundheitswesen in Griechenland: <https://www.freie-radios.net/63489>, vgl. auch: Tomasz Konicz: Griechenland: Zu Tode gespart, Telepolis vom 20.08.2018.

11 Die menschenverachtende Praxis der medizinischen Rationalisierung kann sich aber zurecht auf die Ideologie des Neoliberalismus berufen. So schrieb der ›Chefideologe‹ des Neoliberalismus *Hayek* in seinem Werk *Die Verfassung der Freiheit* von 1960 (Gesammelte Schriften Bd. 3) bereits folgendes: »Es mag hart klingen, aber es ist wahrscheinlich im Interesse aller, daß in einem freiheitlichen System die voll Erwerbsfähigen oft schnell von einer vorübergehenden und nicht gefährlichen Erkrankung geheilt werden um den Preis einer gewissen Vernachlässigung der Alten und Sterbenskranken. Unter Systemen der staatlichen Medizin finden wir allgemein, daß diejenigen, die schnell zu voller Leistungsfähigkeit wiederhergestellt werden könnten, lange Zeit warten müssen, weil die Spitalseinrichtungen von Leuten in Anspruch genommen werden, die nie mehr etwas für ihre Mitmenschen leisten werden« (405 f.).

erträgliche Arbeitszeiten, sinnvoll und notwendig. Jedoch würden eine solche angestrebte Refinanzierung und Umverteilung nur funktionieren, solange die Staatsfinanzen einigermaßen in Butter sind. Die Voraussetzung dafür ist, dass Deutschland Weltmarktsieger und entsprechend konkurrenzfähig bleibt (und der enorme Niedriglohnsektor gehört dazu), und damit ist es früher oder später ohnehin vorbei.

Der immanente Sozialkampf und der Kampf um ›Arbeitnehmerinteressen‹ haben aber ihre Grenze an der inneren Schranke der Kapitalverwertung und werden spätestens dann gegenstandslos, wenn sich Produktion und Reproduktion nicht mehr in Form von Lohnarbeit und Geldverdienen darstellen lassen. Daher sind immanente Interessenkämpfe eines ›Arbeitnehmerstandpunktes‹ zu transzendieren: Es ist darauf zu beharren, dass *alle* einen *materiellen* Anspruch auf medizinische Versorgung, Wohnung, Essen usw. haben und zwar *unabhängig* von irgendwelchen Finanzierungsvorbehalten, die einem/einer vorrechnen, was noch geht und was nicht. Robert Kurz schrieb dazu: »Die gesellschaftliche Allgemeinheit eines tatsächlich über das moderne warenproduzierende System hinausgehenden ›Interesses‹ wäre aber erstens nur als Meta-Interesse möglich, d. h. als die Entwicklung eines Interesses *gegen die kapitalistische Interessenform selbst*; also gewissermaßen das Interesse, endlich keinen durch die bürgerliche Konkurrenz erzwungenen ewigen ›Interessenkampf‹ mehr führen zu müssen, was nur durch die *Sprengung der herrschenden Gesellschaftsordnung in ihrem Fundament* möglich ist.« (Hervorh. TM)¹²

An anderer Stelle schreibt Kurz: »Welche Möglichkeiten des Widerstands gibt es angesichts dieser überwältigenden Großtendenz der Entzivilisierung? Offenbar genügt eine begrenzte Lobbyarbeit der geschwächten sozialen Dienste nicht mehr. Zwar gibt es keinen rein objektiven Determinismus der Krise und in jeder gegebenen Situation können immanente Spielräume genutzt werden, um ›etwas herauszuholen‹. Aber das geht nur noch im Zusammenhang mit einer breiten sozialen Bewegung, die fähig wird, ansatzweise die universelle Konkurrenz zu überwinden und ein Bündel von Forderungen durchzusetzen, auch wenn dadurch die in den Systemwidersprüchen der ›abstrakten Arbeit‹ und ihrer geschlechtlichen Abspaltungsstruktur wurzelnde Krise als solche nicht zu überwinden ist. *Damit eine solche Bewegung überhaupt möglich wird, bedarf es eines zähen Kleinkriegs auch im Alltag gegen das sozialdarwinistische, sexistische, rassistische und antisemitische Denken in allen seinen Variationen.* Darüber

12 Robert Kurz: *Die Welt als Wille und Design – Postmoderne, Lifestyle-Linke und die Ästhetisierung der Krise*, Berlin 1999, 71.

hinaus können sich die Verlaufsformen der Krise zu einer neuen Gesellschaft öffnen, wenn der immanente Widerstand die Perspektive einer anderen Produktions- und Lebensweise jenseits des warenproduzierenden Patriarchats und damit auch jenseits des alten Staatssozialismus findet. *Diese Öffnung wird nur möglich durch eine Öffnung auch des geistigen Horizonts zu einer neuen radikalen Gesellschaftskritik – statt sich vom Krisenalltag mit Haut und Haar auffressen zu lassen.*«¹³ (Hervorh. TM)

Dazu scharf im Kontrast steht die sogenannte Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen (BGE).¹⁴ Ursprünglich stammte diese Idee von Milton Friedman, bekanntlich mit dem Ziel, alle anderen sozialen Zuwendungen zu streichen. Sofern das BGE zu einem Stopp von sozialrepressiven Maßnahmen gegen Arbeitslose (Hartz-IV) führen sollte, wäre so etwas durchaus zu befürworten. Jedoch gelten auch hier das Finanzierbarkeitskriterium und die Grenzen, die die innere Schranke setzt. Das BGE würde zudem auch wohl nur für ›Staatsbürger‹ zugänglich sein, was die innere Menschenjagd nur weitertreiben würde. Obgleich manche Befürworter des BGE vielleicht ahnen, dass der produzierte Reichtum von der Lohnarbeit entkoppelt wird und eine ›erfolgreiche‹ Erwerbsbiographie zunehmend die Ausnahme ist, kann das BGE auch als eine Form der *Krisenverleugnung* interpretiert werden: so soll trotz Massenarbeitslosigkeit die Geldform Bedingung menschlichen Lebens überhaupt bleiben; durch das bedingungslose Grundeinkommen würde also eine Arbeitsgesellschaft ohne Arbeit simuliert werden und ›Hipster‹ könnten weiterhin ihre Biode trinken. Alles könnte also beim Alten bleiben. Nicht anders sieht es mit dem ›Bürgergeld‹ aus.

Wie auch in dieser Zeitschrift schon vielfach betont wurde, weiß der ›demokratische Rechtsstaat‹ in der Krise sich nicht besser zu helfen, als den sozialen Katastrophen und Verwilderungen der ›Zivilgesellschaft‹ mit repressiven Mittel zu begegnen. Ein Verhaltensmuster, wie man es in der Geschichte des Kapitalismus immer wieder erleben konnte. Spätestens seit dem 11.9.2001 konnte man in den kapitalistischen Kernstaaten einen massiven Ausbau des Sicherheitsapparates beobachten.¹⁵ Zudem hat sich in den letzten Jahrzehnten gerade in den

13 Vgl. den Essay ›Unrentable Menschen‹ von Robert Kurz von 2006, auf exit-online.org.

14 Vgl. dazu den Vortrag vom exit!-Lesekreis Hamburg auf dem exit!-Seminar 2018, auf exit-online.org; sowie den Radiobeitrag von 2006 von Robert Kurz: <https://www.freie-radios.net/13828>.

15 Natürlich wurde der Sicherheitsapparat auch schon lange vor dem 11.9. ausgebaut. Schon Jahre zuvor wurde die Verschärfung von Gesetzen von einigen thematisiert. Die offizielle Ausrede

USA – dem ›Zentrum westlicher Freiheit‹ – eine veritable Gefängnisindustrie etabliert. Soziale Verwerfungen werden vor allem mit Wegsperrern beantwortet, so sitzt in den USA der Großteil der Gefangenen wegen Diebstahl- oder Drogendelikten und keineswegs wegen schwerer Gewaltverbrechen. Genau das wird aber von der Propaganda immer beteuert und von den Sicherheitsagitatoren gern betont, wenn die Straßen durch Aufrüstung der Polizei und Ausweitung ihrer Befugnisse ›wieder sicher‹ gemacht werden sollen.¹⁶ Zu konstatieren ist, dass seit den späten 70er Jahren die Strafpraxis sich vom Konzept einer ›Resozialisierung‹ entfernt hat und wieder vermehrt auf Bestrafung und ›Abschreckung‹ setzt.¹⁷ Unter den Bedingungen der Krise verhält es sich aber so, dass resozialisierende Maßnahmen wie (Re)-Integration in den Arbeitsmarkt immer weniger greifen und daher die Gefahr besteht, dass der Sicherheitsapparat jetzt erst recht droht, wild um sich zu schlagen, da seine repressiven Maßnahmen zunehmend ins Leere laufen. Abgesehen davon wird die Polizei langfristig selbst zum Sicherheitsproblem, wie Berichte über Polizeigewalt deutlich machen.¹⁸ Am Ende wird sich die Polizei von Terrormilizen nicht mehr unterscheiden, wie die verwilderten Staatsapparate in der ›Peripherie‹ zeigen. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, dass der Staat die Befugnisse der Repressionsapparate (Polizei, Geheimdienste usw.) immer mehr ausweitet. Zudem wird die Polizei seit Jahren auch technisch, d. h. militärisch, immer weiter aufgerüstet.¹⁹ ›Mehr Faschismus wagen‹ ist hier offenbar die Devise! Mit den neuen Polizeigesetzen, die praktisch in ganz Deutschland 2018 umgesetzt wurden bzw. in Kürze wohl umgesetzt werden, wurde tatsächlich der Polizeistaat etabliert, zum Teil

für Gesetzesverschärfungen war oft ›organisierte Kriminalität‹, aber in der Regel ging es natürlich darum, Mittel gegen Protestbewegung und linke Opposition zu haben. Vgl. z. B. Rolf Gössner: *Widerstand gegen die Staatsgewalt – Handbuch zur Verteidigung der Bürgerrechte*, Hamburg 1988. Oft waren die Kritiken zwar materialreich, aber beschränkt auf die Verteidigung eines bürgerlichen oder linksliberalen Ideals gegen die Wirklichkeit. Der grundlegende Herrschaftscharakter der Demokratie selbst wurde in der Regel nicht erkannt, sondern die Demokratie wurde in einen Gegensatz zur Herrschaftsordnung des Kapitalismus gestellt.

16 Vgl. Thomas Meyer: Überwachen und Strafen – Zum demokratischen Staatsterror in Zeiten des Neoliberalismus, in: *exit! – Krise und Kritik der Warengesellschaft* Nr. 14, Angermünde 2016, 331–341.

17 Vgl. dazu weiter: Andreas Urban: Es muss wieder gestraft werden – Zur Rückkehr des repressiven Strafrechts in der Krise der Arbeitsgesellschaft (2018), auf exit-online.org.

18 Vgl. z. B. Marcus Hammerschmitt: Unter dem Stiefel – Zum Stand der Polizeigewalt in Deutschland, Telepolis vom 12.05.2018.

19 Vgl. z. B. Martin Kirsch: Militarisierung der Polizei – Massive Aufrüstung im Namen der Terrorabwehr, <https://www.imi-online.de/download/IMI-Studie2017-5-Polizei-web.pdf>.

mit Maßnahmen, wie man sie sonst nur von Diktaturen her kennt.²⁰ Besonderes Augenmerk liegt auf dem *präventiven Handeln* der Knüppelgarden bei ›drohenden Gefahr‹, wie es in deren orwellischem Neusprech heißt. Wann eine solche vorliegt, entscheidet natürlich die Polizei. In Bayern können übrigens schon seit August 2017 (kurz nach G-20) sogenannte ›Gefährder‹, wohlgemerkt Leute, die *keine* Straftat begangen haben, aber *vielleicht* eine begehen *könnten* – *möglicherweise!* – in ›Schutzhaft‹ – wie es unter Hitler hieß – genommen werden, d. h. sie können *bis zu drei Monate ohne Anklage und ohne Urteil* eingesperrt werden. Es muss noch nicht mal eine zukünftige Straftat nachweislich *geplant* werden, d. h. eine tatsächliche ›konkrete Gefahr‹ muss nicht vorliegen, damit eine ›drohende Gefahr‹ ausgerufen werden kann! Nach drei Monaten kann durch einen Richter die Zeit verlängert werden (und es werden sich dafür zweifellos entsprechende willige juristische Schergen finden). Theoretisch kann somit ein ›Gefährder‹ beliebig lange im Knast versauern – ohne eine Straftat begangen zu haben! Übrigens kann so eine ›Schutzhaft‹ auch bei Ordnungswidrigkeiten angeordnet werden.²¹ Einen Rechtsanspruch auf eine Pflichtverteidigung haben ›Gefährder‹ übrigens *nicht*. Zudem muss ein Gericht dem Beweisantrag eines Betroffenen (welcher den Betroffenen entlasten könnte) *nicht* nachkommen.²² Das ist letztendlich die *Logik des Ausnahmezustands*, die durch diese Gesetzesverschärfungen ›normalisiert‹ wird! Natürlich sind die ersten, die von einer Verschärfung polizeilicher Gewaltmöglichkeit (die an sich bereits faschistoid ist) betroffen sind, Flüchtlinge.²³ Bei Flüchtlingen wird es nicht bleiben, wie bereits Repressalien gegen linke Gewerkschafter und Aktivisten um die AfD-Parteitage in Nürnberg (9./10.06.2018) und kurze Zeit später in Augsburg zeigten.²⁴

20 Einen Überblick zu den Polizeigesetzen gibt Benjamin Derin in: *Konkret* 09/2018, sowie: Drohende Gefahr – Neue Polizeigesetze & autoritäre Zuspitzung, <https://www.freie-radios.net/91695> und <http://www.autonomie-magazin.org/2018/05/21/die-neuen-polizei-gesetze-aus-aktivistischer-sicht/>.

21 Vgl. Bayern führt die ›Unendlichkeitshaft‹ ein, <https://www.freie-radios.net/84178>.

22 Vgl. Keine Anwälte für Gefährder? – Neuigkeiten zum bay. PAG, <https://www.freie-radios.net/88560>.

23 Vgl. z. B. Ellwangen, Donauwörth, Deggendorf: »Gestern dachten wir noch, es könne nicht schlimmer werden. Heute wissen wir, dass es morgen noch viel schlimmer kommen kann.«, <https://www.freie-radios.net/89225>.

24 <https://perspektive-online.net/2018/08/umgangsverbot-und-ueberwachung-gegen-linken-aktivisten/> und <https://nationalismusistkeinealternative.net/polizeiaufgabengesetz-duesseldorf-demo-augsburg/>.

Zu erwähnen ist auch, dass in Bayern im Frühjahr 2018 ein neues Psychiatriegesetz verabschiedet werden sollte, welches die polizeiliche Erfassung von Zwangseingewiesenen vorsah. Sind die Betroffenen einmal zwangseingeliefert, so sollen diese ›psychisch Kranken‹ wie Schwerverbrecher behandelt werden: Speichern in einer Datei, Kontrolle von Post, Abhören von Telefonaten usw. Es ist klar, dass beide Gesetze nicht von einander getrennt zu betrachten sind, schließlich wurden aus politischen Gründen immer wieder ›Querulanten‹ zwangspsychiatrisiert (Gustl Mollath, Hessische Steuerfahnder usw.), zumal offen erklärt wurde, dass das Ziel des Gesetzes in der ›Gefahrenabwehr‹ bestehe.²⁵

›Widerstand gegen die Staatsgewalt‹, wie es so schön heißt, muss aber nicht immer einen sozialkritischen und emanzipatorischen Hintergrund haben, sondern kann auch Teil einer faschistischen Agitation sein, die explizit gegen eine gewisse noch vorhandene ›bürgerliche Zivilität‹ gerichtet ist (man denke hierzu nur an die Reichsbürger). Als Brandbeschleuniger der Barbarei wirkt dabei das sogenannte ›Bündnis zwischen Mob und Elite‹ (Arendt), wie nicht zuletzt die demokratischen Wahlen von Bolsonaro, Duerte usw. zeigten. Das ist im Folgenden im Hinterkopf zu behalten, um, bei aller Kritik an den staatlichen Knüppelgarden, nicht den Fehler zu begehen, eine grundsätzliche ›Dualität‹ zwischen Bevölkerung und staatlichem Gewaltapparat zu sehen.

Einer der Gründe für die fortlaufende Verpolizeistaatlichung mögen zweifellos Amokläufe und Terroranschläge sein. *Vor allem* aber rüstet der Staat seine Knüppelgarden auf, *um jeden sozialen Widerstand im Keim ersticken zu können*, wie nicht zuletzt der G20-Gipfel und seine Folgen zeigten.²⁶ Als in Frankreich nach dem Anschlag in Paris am 13.11.2015 der Ausnahmezustand verhängt wurde, hat man schließlich bei der Gelegenheit, ›so nebenbei‹, linke Oppositionelle verfolgt.²⁷ Der Ausnahmezustand wurde in Frankreich mehrfach verlängert

25 Vgl. Leander F. Badura: Psychiater auf den Barrikaden, in: *der Freitag* Nr. 17/2018.

26 Vgl. z. B.: Jakob Hayner: Institutionalisierte Irrsinn – Die medialen Reaktionen auf die Krawalle bei G20 in Hamburg, *Jungle World* vom 13.07.2017, Birgit Gärtner: G-20: Der Rechtsstaat zeigt, was er kann, *Telepolis* vom 30.08.2017, dies.: G20: Fabio ist frei, *Telepolis* vom 27.11.2018 sowie »Der Polizeistaat ist in Teilen Realität« – Gespräch mit Lino Peters. Über Polizeikontrollen in Hamburg, willkürliche Ausübung des Rechts und psychologische Folgen von Gefängnisaußenhaft, *Junge Welt* vom 29.09.2018.

27 So etwa im Zuge des Weltklimagipfels in Paris Ende 2015, vgl. z. B. »Terrorfrei« im Ausnahmezustand, in: *Wildcat* Nr. 99, Winter 2015/16, 64–69.

und damit zu einer dauerhaften Einrichtung gemacht. Als dieser dann >offiziell< aufgehoben wurde, blieb vom Ausnahmezustand doch eine entsprechend verschärfte Sicherheitsgesetzgebung – was auch zu erwarten war.²⁸ Wie zuvor gebiert schlussendlich die Demokratie den Faschismus aus sich selbst heraus. Adorno meinte sinngemäß einmal, ihm bereite weniger der Faschismus *gegen* die Demokratie, sondern der Faschismus *in* der Demokratie Sorge.²⁹ Über Adorno hinaus jedoch *ist der Faschismus als die Fortsetzung der Demokratie mit anderen Mitteln anzusehen*. Das wird dann deutlich, wenn man zur Kenntnis nimmt, dass Demokratie die Unterwerfung unter die Verwertungsbewegung des Kapitals zur Voraussetzung hat und in der Krise die famose Demokratie sich daher auf ihren repressiven Kern reduziert. Dass aus einem Euro zwei zu machen sind und für den Fall, dass die Leute nicht mehr für die Maloche zu gebrauchen sind (wie elendig und sinnlos die Maloche für die weniger werdenden >Glücklichen< auch sein mag), die Leute dann möglichst lautlos verrecken sollen, ist halt nichts, worüber sich demokratisch verhandeln ließe. Am Ende steht und fällt alles mit der Finanzierbarkeit und Priorität hat schlussendlich, dass der jeweilige Staat sich in der globalen Konkurrenz durchsetzt.

Der demokratische Polizeiterror wird und wurde die letzten Jahre bereits massiv gegen sozialen Widerstand eingesetzt. So etwa in Spanien und Griechenland. In Griechenland werden selbstverständlich besetzte Häuser geräumt. Besonders rigoros geht das vonstatten, wenn sich in den besetzten Häusern Flüchtlinge einquartiert haben. Wenn man verhaftet wird, kann es auch schon mal passieren, dass man – ganz wie in der Militärdiktatur – anschließend gefoltert wird. Jeder organisierte Widerstand gegen die herrschende Politik wird mit paranoidem Ordnungswahn beantwortet. All das selbstverständlich auch unter der >linken< Syriza-Regierung.³⁰ In Spanien sieht es nicht anders aus. >Terrorist< kann mittlerweile jeder sein, auch jemand, der bloß die >öffentliche Ordnung< stört, also

28 Vgl. Hans Georg Hermann: Gewöhnlicher Polizeistaat – Ein Jahr nach dem Bataclan-Attentat in Paris: Die französische Regierung hat das Leben im »Ausnahmezustand« zur Normalität gemacht, *Junge Welt* vom 15.11.2016 sowie Thomas Pany: Frankreich: Parlament beschließt verschärftes Anti-Terrorgesetz, *Telepolis* vom 3.10.2017.

29 Vgl. Theodor W. Adorno: Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit?, <https://www.youtube.com/watch?v=On1MiOaVPrQ>, ab ca. 3 min.

30 Vgl. Ralf Dreis: Verarmungspolitik in Griechenland – Regierung, Massenmedien und Faschisten Hand in Hand, in: *Graswurzelrevolution* 12/2012; ders.: Staatliche Kontinuität in Griechenland – Syriza lässt räumen und foltern, in: *Graswurzelrevolution* 10/2016; ders.: Die DNA des Staatsterrors – Sie hatte den >falschen< Freund – 13 Jahre Knast – Ein Bericht aus Griechenland, in: *Graswurzelrevolution* 09/2017.

offensichtlich bereits dann, wenn Leute leere Häuser besetzen oder sich nicht verkaufte Essen aneignen und es dann öffentlich verteilen würden. Kein Wunder also, dass von einer Rückkehr der Methoden Francos die Rede ist. Das 2015 verabschiedete ›Knebelgesetz‹ schafft schlussendlich die Demonstrations- und Meinungsfreiheit ab. Dieses Gesetz sieht Bußgelder von bis zu 600.000 Euro vor! Obwohl das verfassungsrechtliche Einschränkungen sind, gelten sie doch ›nur‹ als Ordnungswidrigkeiten, d.h. sie werden direkt von der Polizei verhängt, womit der justizielle Weg umgangen wird.³¹ Der Hintergrund sind offensichtlich die zahlreichen Demonstrationen und Platzbesetzungen gegen die Austeritätspolitik der letzten Jahre. Wenn dem herrschenden Regime die ›Argumente‹ ausgehen, wird halt der Knüppel rausgeholt. *Bewaffnete Knüppelgarden und eine paranoide Terrorjustiz sind schlussendlich das Letzte, was die Demokratien den Menschen anbieten werden.* ›Verdächtig‹ ist am Ende jeder Mensch, der Widerspruch anmeldet und diesem einen praktischen oder sprachlichen Ausdruck verleihen möchte oder der möglicherweise mit jemandem in Verbindung steht, der dies vielleicht getan hat. Die Steigerung bestünde anschließend darin, dass Vollzeit-Wahnsinnige das Ruder übernehmen und gar nicht mehr so tun, als würden sie eine gewisse ›Zivilität‹ wahren, als würden die zahlreichen Gesetzesverschärfungen tatsächlich nur umgesetzt werden, um den wunderbaren ›Rechtsstaat‹ zu retten (wie das gerade in Deutschland gern betont wird³²), oder um ›die Freiheit und Sicherheit der Bürger zu sichern‹, wie es Rajoy formulierte, als das ›Knebelgesetz‹ verabschiedet wurde, *sondern ganz offen und unverblümt zur Barbarei schreiten*, wie Duerte auf den Philippinen: Dieser hat kurzerhand (mutmaßliche) Drogenabhängige zum Abschuss freigegeben und verglich sich dabei mit Hitler: »Hitler massacred three million (!) Jews. Now, there are three million drug addicts. [...] I'd be happy to slaughter (!) them«,

31 Ralf Streck: Meinungsfreiheit futsch und alles kann in Spanien nun Terrorismus sein, Telepolis vom 1.07.2015. Zur ›ley mordaza‹ d.h. zum ›Knebelgesetz‹ z. B.: <https://www.freie-radios.net/87510>, sowie El Dorado: Spanien beerdigt Demonstrationsfreiheit, freitag.de vom 28.06.2015.

32 Der Rechtsfetischismus, dass der ›Rechtsstaat sich durchsetzen muss‹, wird auch dann noch formuliert, wenn wehrlose Schüler/-innen durch die staatlichen Knüppelgarden ›bearbeitet‹ werden, so in Bayern, als ein abzuschiebender Afghane ins ›sichere Herkunftsland‹ aus der Schule herausgezerrt wurde und die Knüppelgarde dabei auf gewissen Widerstand stieß, vgl. <http://www.autonomie-magazin.org/2017/06/04/halo-i-bims-1-rechtsstaat-ueber-den-fetisch-der-rechtsstaatlichkeit-und-eine-geschichte-erfolgreichen-widerstands/> sowie <https://www.freie-radios.net/83343>.

natürlich mit dem Ziel »to finish the problem of my country and save the next generation from perdition.«³³ Es wurden in der Tat Tausende liquidiert.

In Brasilien wird dieser Wahnsinn mit Bolsonaro, dem nächsten gewählten Psychopathen, seine Fortsetzung finden. Er gleicht mehr Duerte als Trump. Letzterem zu gleichen wäre bereits fatal genug. »Selbstverständlich« ist Bolsonaro misogyn und homophob. Zudem unverblümt brutal: Er sympathisiert offen mit der Militärdiktatur und erklärte, dass durch Wahlen sich nichts ändere, sondern durch Bürgerkrieg. Soziale Bewegungen, wie die Landlosenbewegung, sollen in Zukunft als »terroristisch« behandelt werden.³⁴

Was werden wohl die »besorgten« Nazis Deutschlands tun, wenn »Merkel weg« ist, die Wirtschaft einbricht und sich eben nicht die goldenen Fünfziger Jahre wiederherstellen lassen wollen? Werden dann die »links-versifften« Milieus und die vom »Genderwahn« Befallenen zum Abschuss freigegeben? Dass so etwas nicht allzu weit hergeholt ist, zeigten bereits die Phantasien und Kommentare diverser AfD-Nazis.³⁵ Der zunehmend verwilderte »Sicherheitsapparat« – der »tiefe Staat« – wird dazu früher oder später sicher auch seinen »Beitrag« leisten.³⁶

Es ist vollkommen offensichtlich, dass das kapitalistische Regime unhaltbar geworden ist. Die Krise, die schon weite Teile der »Peripherie« ins Massenelend gestürzt hat, ist längst in den kapitalistischen Kernstaaten Realität geworden. Den letzten »Wohlstandsinseln« steht eine »nachholende Verelendung« bevor. Zugleich rüstet der Staat seine Knüppelgarden auf und leidet selbst an zunehmend prekär werdender Finanzierbarkeit. Das birgt das Potential, dass Repression künftig nicht mehr in »geordnetem Rahmen« stattfindet und daher jedes Bestreben, eine »öffentliche Ordnung« aufrechtzuerhalten, die öffentliche Unordnung, d. h. die Barbarei, nur weiter antreibt.

In dieser Ausgabe von exit! sollen u. a. verschiedene ideologische Verwerfungen kritisiert werden, wie sie, gerade heute, in Zeiten sich immer verschärfender sozialer Lagen zunehmend manifest und wirkmächtig werden. Die ideologischen

33 Emily Rauhala: Duerte: Hitler killed millions of Jews, I will kill millions of drug addicts, washingtonpost.com vom 30.09.2016.

34 Vgl. z. B. Harald Neuber: Brasilien: Militär in Regierung, soziale Bewegung »terroristisch«, Telepolis vom 31.10.2018.

35 Tomasz Koniecz: Eine ganz normale (Nazi)-partei?, Telepolis vom 15.05.2018.

36 Tomasz Koniecz: Von der Postdemokratie in den Vorfaschismus, Telepolis vom 06.10.2018 sowie Kaul, Martin; Schmidt, Christina; Schulz, Daniel: Rechtes Netzwerk in der Bundeswehr – Hannibals Schattenarmee, taz.de vom 16.11.2018.

Verwerfungen zeigen sich etwa in einer angestrebten Renaissance der national-staatlichen Souveränität, wie sie gern von verschiedenen ›neuen Rechten‹ oder ›Querfrontlern‹ eingefordert wird; des Weiteren in einer ›Theologisierung‹ des postmodernen Zeitgeistes³⁷, die bei verschiedenen sich auf Paulus berufenden Philosophen (wie Badiou und Agamben) deutlich wird. Auch ist hierbei unbedingt zu betonen, dass die oben skizzierte ›Verwilderung der Sicherheitsapparate‹ und die Faschisierung der Verhältnisse zwar in den westlichen Zentren in den letzten Jahren eine neue Qualität erreicht haben, aber dennoch einen bereits jahrzehntelang anhaltenden Anlauf hatten. Roswitha Scholz kommentiert dazu den Artikel von Robert Kurz »Die Demokratie frisst ihre Kinder – Bemerkungen zum neuen Rechtsradikalismus« von 1993. Sie extrahiert zentrale Thesen dieses Textes zu verschiedenen Dimensionen (Ökonomie, Politik, Geschlechterverhältnis u. ä.) und skizziert dabei die Entwicklung in diesen verschiedenen Bereichen bis Mitte 2018. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Kernbestimmung von Kurz, dass Demokratie und Nationalsozialismus/Faschismus strukturell keine Gegensätze sind, sondern rechte Bestrebungen und ein entsprechendes Denken der Demokratie als Organisationsform des Kapitalismus selbst entspringen, auch wenn sie nicht dasselbe sind. Dies wird heute, wenn nach dem Finanzcrash von 2008 rechte Ideologien, ein entsprechender Populismus und rechte Gewalt, auch durch Polizei- und Militärapparate, die selbst verwildern, weltweit um sich greifen, erst in seiner ganzen Tragweite sichtbar, so Scholz. Ihr Aufsatz heißt dementsprechend »Die Demokratie frisst immer noch ihre Kinder – heute erst recht!«.

Im Schlussteil kritisiert Scholz sodann noch den Artikel von Daniel Späth »Querfront allerorten«, der in der *exit!* Nr. 14 erschienen ist. Späth berücksichtigt nicht genügend die rechtsgerichtete Entwicklung spätestens nach dem Ende des Ostblocksozialismus, stattdessen erwecke er den Eindruck, der Rechtsruck in den letzten Jahren sei vom Himmel gefallen. Wesentliche Ausarbeitungen im wert-(absplaltungs-)kritischen Kontext lässt Späth so außer Acht, u. a. auch den Kurz-Text von 1993. Überdies äußere er sich nicht zu Überschneidungen zwischen linkem und rechtem Spektrum, die der Querfrontbegriff üblicherweise umfasst, stattdessen seien Überschneidungen zwischen Neoliberalismus und (neu-)rechten Ideologien sein eigentlicher Gegenstand.

37 Darauf hat Roswitha Scholz bereits 2006 aufmerksam gemacht: Die Rückkehr des Jorge – Anmerkungen zur ›Christianisierung‹ des postmodernen Zeitgeistes und dessen dezisionistisch-autoritärer Wende, in: *exit! – Krise und Kritik der Warengesellschaft* Nr. 3, Bad Honnef 2006, 157–175.

Der Beitrag »Staatsgewalt vom Beginn der Neuzeit bis heute – Der Nationalstaat als Geburtshelfer und Dienstleister der Warenproduktion« von *Gerd Bedszent* thematisiert die von der Neuen Rechten propagierte Wiederherstellung nationalstaatlicher Strukturen.

Bedszent beginnt mit einem historischen Abriss, charakterisiert den Staat als ein vergleichsweise junges sozioökonomisches Konstrukt, entstanden in der frühen Neuzeit als Zweckbündnis zwischen absolutistischen Herrschern und dem städtischen Bürgertum. Die Dualität von Staatsgewalt und Warenwirtschaft charakterisiert er als entscheidendes Kennzeichen der sich herausbildenden Nationalökonomie – die bürokratischen Apparate waren Werkzeuge für die Zurichtung der Bevölkerung zu funktionierenden Subjekten der Warenwirtschaft und auch für die Austragung von Konflikten mit konkurrierenden Nationalökonomien. Die derzeitige strukturelle Krise der Weltökonomie entzieht nun den nationalstaatlichen Verwaltungsapparaten die finanzielle Grundlage. Die dem Niedergang der Ökonomie folgende Entstaatlichung hat in weiten Teilen Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Osteuropas bereits schaurige Verwüstungen hinterlassen und greift gegenwärtig auf die entwickelten Regionen Westeuropas und Nordamerikas über.

Die strukturell bedingte Unfähigkeit der politischen Apparate, mit den Folgen der globalen Krise fertig zu werden, befördert das Aufkommen obskurer politischer Strömungen, die sich positiv auf die vermeintlich heroische Frühgeschichte des Kapitalismus beziehen. In der kruden Gedankenwelt rechtslastiger Ideologen kommen ökonomische Entwicklungen allerdings kaum vor. Ihre Forderungen beschränken sich auf repressive Ausgrenzung der Opfer wirtschaftlicher Zusammenbrüche und poststaatlicher Verteilungskriege. Bei der Welle rechtsradikaler Gewalt, die sich seit mehreren Jahren auch in Deutschland ausbreitet, handelt es sich also um eine verquere Strategie der Krisenbewältigung.

Wie Bedszent nachweist, kann die von der Neuen Rechten verfochtene Strategie der Herstellung kleinteiliger, von der Außenwelt abgeschotteter Machtapparate nicht einmal theoretisch aufgehen. Da solche Gebilde ohne Außenfinanzierung nicht lebensfähig sind, handelt es sich eben nicht um eine Staatsbildung, eine solche wird lediglich simuliert. Tatsächlich tragen die Aktivitäten rechtsradikaler Bürgermilizen und anderer partikularistischer Bewegungen nur zur Aushöhlung des Gewaltmonopols bei; der Erosionsprozess der staatlichen Gewaltapparate wird durch die Aktivitäten der Rechtsradikalen also nicht gestoppt, sondern befördert.

Mitten in den Krisenprozessen kapitalistischer Vergesellschaftung hat Religiöses mit diversen Glücks-, Entlastungs- und Zufluchtsangeboten Konjunktur. In die fiebrige Suche nach Heilsangeboten mischt sich eine Hinwendung zum Heiligen Paulus, der im philosophischen Denken einen neuen Platz bekommen hat – so auch bei den Philosophen Alain Badiou und Giorgio Agamben. Diesem in Philosophie gegossenen Messianismus widmet sich *Herbert Böttcher* mit seinem Beitrag »Hilft in der Krise nur noch beten? – Zur philosophischen Flucht in paulinischen Messianismus«.

Badiou's Interesse konzentriert sich auf Paulus als Revolutionär. Durch das Ereignis seiner Bekehrung zum Christusereignis wird er zum Kritiker des jüdischen Gesetzes und des griechischen Denkens und so zum Begründer einer neuen universalen Wahrheit. Sie wird zur Grundlage für die Konstitution eines militanten Subjekts. Aus der Ohnmacht, die das Subjekt im Kapitalismus erleidet, wird es gleichsam aus dem Nichts wieder handlungsfähig, wenn es einem inhaltlich leeren Ereignis und seiner Wahrheit aufgrund einer existentiellen Entscheidung die Treue hält.

Giorgio Agamben will den Bann eines Ausnahmezustands, der zum Normalzustand wird, brechen. Mit Paulus Hilfe konstruiert er einen den Bann lösenden messianischen Rest und eine rettende ›Zeit, die bleibt‹. Sie werden zur Grundlage eines messianischen Lebens im Modus des ›Als ob nicht‹, im Klartext: eines Lebens im Kapitalismus, als ob es ihn nicht gebe. Während Badiou eine Identität von Wahrheit und Subjekt zu fundieren sucht, will Agamben auf eine Nicht-Identität hinaus, die sich jeder inhaltlichen Bestimmung entzieht.

Böttcher zeigt, dass beide Autoren der Verzicht auf eine Analyse des Kapitalismus als ›konkrete Totalität‹ verbindet, ebenso wie der unmittelbare Rückgriff auf vormoderne Traditionen, der jede historische Kontextualisierung und damit die Frage nach Herrschaftsverhältnissen ausblendet. Dies führt neben theologischen Fehlurteilen zu einer umstandslosen Instrumentalisierung des Paulus für das eigene Denken. Die philosophische Hinwendung zu einer religiösen Gestalt geht einher mit einer postmodernen Religionsfreudigkeit, die dezisionistisch-autoritäre und reflexionsfeindliche Züge trägt. Sie ist einem existentialistischen philosophischen und theologischen Denken verwandt, das Gewissheit über existentielle Erfahrungen und das Wagnis der Entscheidung sucht. Es erweist sich als ebenso reflexionsfeindlich und fundamentalistisch wie die spirituellen Produkte, die auf den Esoterik-Märkten und auch in den Kirchen angeboten werden.

In den letzten Jahren wurde die ›Identitätspolitik‹ der Linken bzw. Linksliberalen vielfach kritisiert. Auch in der queeren Szene brodelte es in letzter Zeit,

wie nicht zuletzt die Publikation des Buches »Beißreflexe« von 2017 und weiterer folgender Publikationen in der sogenannten »Kreischreihe« zeigen. Speziell mit der queeren Identitätspolitik setzt sich *Thomas Meyer* in seinem Text »Geschlecht zwischen performativer ›Spielmarke‹ und Biologisierung – Eine Kritik spätpostmoderner Queerness und der medizinische Diskurs um ›Transsexualität‹« auseinander. Dabei betont er, dass Kritiken, wie sie heute auch gerne gegen ›Queer‹ zurecht formuliert werden, bereits in den 90er Jahren von feministischer Seite vorhanden waren. Insbesondere wird in dem Text thematisiert, dass der von der queeren Szene formulierte Anspruch, ›deviante‹ Identitäten anzuerkennen, nicht unbedingt unproblematisch ist. Das versucht Meyer anhand des Phänomens der ›Transsexualität‹ zu zeigen, indem er dessen medizinischen Diskurs nachzeichnet. Dadurch soll deutlich werden, dass durch den Diskurs um Transsexualität (dem ›Transsexualismus‹) ein Unbehagen im binären Geschlechterzwang, ein Scheitern im eindeutigen Sich-Einordnen in die bürgerlichen Geschlechtscharaktere historisch die Form eines medizinischen, schlussendlich chirurgischen, Problems annahmen. Dadurch wird die Zwangsvergeschlechtlichung nicht kritisiert, sondern perpetuiert und faktisch biologisiert. Eine Flexibilisierung der geschlechtlichen Codes in der Postmoderne hat daran nicht wirklich etwas geändert. Die queere Anerkennungspolitik greift also viel zu kurz, nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer ›Verwilderung des Patriarchats‹ (Roswitha Scholz) und faschistischer Bewegungen, die ›traditionelle‹ Geschlechterverhältnisse einfordern.

In der exit! Nr. 14 von 2016 erschien der erste Teil einer angedachten Reihe von Richard Aabromeit zur Geschichte des Geldes. Der Text »Geld ist doch klar – oder?« zog jedoch viel Kritik auf sich. In seiner publizierten Form genüge er keineswegs den Ansprüchen der Wert-Abspaltungs-Kritik. Zwar kann von einer ausgearbeiteten wert-aspaltungs-kritischen Geschichtstheorie keinesfalls die Rede sein, aber es wurde mehrfach moniert, dass ein Text dennoch nicht hinter einen bereits erreichten Stand zurückfallen sollte, selbst wenn dieser bisweilen nur fragmentarisch vorliegt. *Thomas Meyer* fasst dazu in dem Beitrag »Zur anhaltenden Aporie der Geschichte – Nachtrag zu ›Geld – ist doch klar, oder?‹« zuerst einige Grundgedanken einer wert-aspaltungs-kritischen Geschichtstheorie zusammen und wendet sich anschließend den problematischen Punkten von Aabromeits Text zu.

Jan Luschach ist es in seinem Beitrag »Zur immanenten Polarität bürgerlicher Geschichtstheorie« darum zu tun, einige Grundannahmen der modernen

Geschichtstheorie, wie sie im 19. Jahrhundert in Hegels Fortschrittsmetaphysik einerseits und dem sogenannten Historismus andererseits ihren Niederschlag gefunden haben, aus einer wert-abspaltungs-kritischen Perspektive zu problematisieren. Dabei soll aufgezeigt werden, dass sich beide Theorieansätze im Rahmen derselben Denkform bewegen und in ihr jeweils nur die entgegengesetzten Pole von ›Begriff‹ und ›Anschauung‹ besetzen. Kann Hegels teleologische und ontologische Geschichtsphilosophie als eine Verselbständigung des Begriffs gewertet werden, der von seinem Gegenstand völlig unberührt bleibt, so geriert sich die historistische Geschichtsauffassung als besonders gegenstandsnah, erweist sich jedoch als eine bloße Hypothese von geschichtlicher Kontingenz. Sie verliert sich im Erkenntnismodus einer reinen Anschauung und Intuition, der eine kritische Begriffsbildung verunmöglicht. In Rekurs auf Robert Kurz Überlegungen zur Geschichte als einer ›Geschichte von Fetischverhältnissen‹, die zuerst in seinen Texten zur »Geschichte als Aporie«³⁸ entfaltet wurden, sollen gegen diese falschen Alternativen die Fragen nach Kontinuität und Diskontinuität, Gemeinsamkeiten und Differenzen kapitalistischer und vormoderner Verhältnisse diskutiert werden.

Ansonsten ist das Buch »Weltordnungskrieg« von Robert Kurz teilübersetzt auf Französisch erschienen: *Impérialisme d'Exclusion et Etat d'Exception*, Paris 2018 bei Éditions Divergences; auf Portugiesisch ein Sammelband mit u. a. »Die Krise des Tauscherts« von Robert Kurz bei Editora Consequência: *A Crise de Valor de Troca*, Rio de Janeiro 2018. Von Anselm Jappe ist die Monographie über Guy Debord auf Englisch neu aufgelegt worden, Oakland 2018 bei PM-Press (Erstausgabe 1999). Vom Ökumenischen Netz Rhein-Mosel-Saar ist der Sammelband »Die Frage nach dem Ganzen – Zum gesellschaftskritischen Weg des Ökumenischen Netzes anlässlich seines 25jährigen Bestehens«, Koblenz 2018, herausgegeben worden. Dieser Band enthält u. a. Artikel von Herbert Böttcher, Robert Kurz, Roswitha Scholz und Leni Wissen. Des Weiteren ist von Tomasz Koniecz als elektronisches Buch bei Heise erschienen: *Faschismus im 21. Jahrhundert – Skizzen der drohenden Barbarei*. Diese Artikelsammlung fasst vielfältige Aspekte der Faschisierung der Verhältnisse der letzten Jahre zusammen.

Thomas Meyer für die exit!-Redaktion im November 2018.

38 Zu finden auf exit-online.org.

»Irgend etwas geht seinen Gang.«¹

oder

Der Abpfeiff, den niemand hören will

Offener Brief an die Interessenten und Interessentinnen
von *exit!* zum Jahreswechsel 2018/19

Zehn Jahre sind es her, seit der Crash der Finanzmärkte weltweite Aufregung hervorgerufen hatte. Die Regierung der USA ließ Lehman-Brothers pleite gehen. Sie hatte damit gerechnet, dass die vergleichsweise kleine Bank von den Märkten verschwinden werde, ohne größeres Aufsehen zu erregen. Diese Rechnung aber ging nicht auf. Mit der Lehman-Pleite drohte das instabile Finanzsystem einzubrechen und gänzlich aus den Fugen zu geraten. Die Auswirkungen zeigten sich in einbrechenden Aktienkursen, aufgeschobenen Investitionen, stockender Kreditvergabe, steigenden Arbeitslosenzahlen und sinkenden Konsumausgaben.

Plötzlich war die Politik wieder gefragt, eine Politik, die im neoliberalen Denken unter dem Verdacht stand, durch Sozialausgaben und Überregulierung die kreativen und heilenden Kräfte des Marktes zu blockieren. Ihre Aufgabe war es nun, die »systemrelevanten Banken« – wie die Bundeskanzlerin es damals formulierte – durch staatliche Finanzspritzen zu retten und die Konjunktur durch Konjunkturpakete und Maßnahmen wie die Abwrackprämie wieder in Schwung zu bringen.

Für Deutschland schien das alles – zumindest an der Oberfläche – durchaus erfolgreich zu sein. Die wirtschaftlichen Daten – der seit Jahrzehnten geringste Stand der Arbeitslosigkeit, ein ausgeglichener Bundeshaushalt – scheinen zu stimmen. Und dennoch brodelte es in Deutschland. Die Bildung der neuen Regierung nach den Wahlen im Herbst 2017 gestaltete sich als äußerst schwierig, und dann ist sie in schnell einen Zustand geraten, in dem sie von einer Regierungskrise in die nächste taumelt.

Es ist kein Zufall, dass sich vieles an Flüchtenden entzündet, die vom deutschen Innenminister als »Mutter aller Probleme« definiert wurden. In einem

1 Samuel Beckett: Endspiel, in: ders.: *Drei Stücke*, 6. Aufl., Frankfurt 2015, 107–160, 117.

lichten Moment von Humanität hatte die Bundeskanzlerin die Grenzen geöffnet und damit einen mehr als bescheidenen Teil von Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, über die Grenzen gelassen. Damit wurde die weltgesellschaftliche Krisendynamik auch im scheinbar dauerhaften ›Wirtschaftswunderland‹ Deutschland in Gestalt der Flüchtenden sichtbar. Die scheinbar ausgelagerte Krise meldete sich auch in Deutschland zurück.

Das Öffnen der Grenze war richtig, der Bundeskanzlerin vollmundige Rede ›Wir schaffen das‹ illusionär. Mit den Flüchtenden taucht eine Problematik auf, die ›nicht zu schaffen‹ ist – jedenfalls nicht im Rahmen der kapitalistischen Verhältnisse und ihrer Strukturen. Und so kam es, wie es in der Logik des Kapitalismus konsequent ist: Die humanitäre Willkommens-Stimmung hat sich ebenso schnell verflüchtigt wie der philanthropische Aktionismus. Die Realität meldete sich illusionslos zurück: Die Grenzen werden dicht gemacht, Flüchtende in Nachbarländer weitergeschoben, Diktaturen und zusammen brechenden Staaten anvertraut, in rechtsfreien Lagern vor den europäischen Grenzen konzentriert. Im Fokus steht vor allem Libyen, das Land, aus dem bisher die meisten Menschen in Boote gestiegen waren, um über das Mittelmeer nach Europa zu kommen. Was schert es die europäische Wertegemeinschaft, dass in Libyen kein Staat mehr funktioniert, sondern das Land in diverse bewaffnete Milizen gespalten ist, die einzelne Regionen unter Kontrolle zu bringen suchen? Draußen halten, abschieben, einsperren ist das ›Letzte‹, was den Demokraten zur Bewältigung der Krise einfällt. Schließlich sind Menschen, die Bedürfnisse, aber kein Geld haben, im Kapitalismus nicht ›systemrelevant‹ – es sei denn, sie werden als Bedrohung wahrgenommen.

Selbst die nach einem kurzen humanitären Intermezzo mit den Mitteln von Polizei und Militär fortgesetzte Politik von Abschiebung, Abschottung und Abgrenzung kann empörte Wutbürger nicht befrieden. Ihre Wut verschafft sich Ausdruck in Bewegungen, die vermeintlich Schuldige ausmachen und bekämpfen, breite Zustimmung in der Mitte der Gesellschaft finden und auf etablierte Parteien stoßen, die bereit sind, die Stimmungen ›besorgter Bürger‹ rhetorisch und politisch zu bedienen. Der Streit darum, wie das am besten zu bewerkstelligen ist, und vor allem, wer die Kosten dafür trägt, führt auch die auf ihre Friedenszeit so stolze EU in einen heftigen Streit eines jeden gegen jeden und bis an die Grenzen der politischen Belastbarkeit. Und dabei haben alle dasselbe Ziel: das Schließen der Außengrenzen und die Abschottung vor den Flüchtenden.

Noch einmal befeuert wurde die Stimmungslage durch die erregte Debatte und die sie begleitenden Agitationen um von Asylbewerbern in Chemnitz getötete Deutsche. Rechte Ausschreitungen, ›besorgte Bürger‹, zündelnde

Verfassungsschützer einschließlich ihres Präsidenten, wegschauende Landesinnenminister und ein die Eskalation bis hin zu Regierungskrisen befeuernder Bundesinnenminister fanden in einer unheimlichen Koalition zusammen. Die nicht begriffene, aber diffus gefühlte Krise des Kapitalismus mit ihren komplexen Ebenen der Vermittlung wird ignoriert und gleichzeitig aggressiv abgewehrt und mit dem Fokus auf Flüchtende auf eine vermeintliche ›Mutter aller Probleme‹ reduziert, die sich auch noch mittels Symbolpolitik gut ›händeln‹ und verkaufen lässt. Dabei spielt es keine Rolle, dass die Zahl der Flüchtenden, über deren ›Rückführung‹ bis hin zum möglichen Crash der Regierung gestritten wurde, nicht allzu hoch war. Diese Tatsache hinderte keineswegs daran, dass die Debatte um Registrierung, Abschiebung und ›Ankerzentren‹ eine ganze Gesellschaft in Wallung brachte, ohne auch nur einen Gedanken darauf zu verschwenden, was da ›seinen Gang geht‹.

In all dem wird wieder einmal deutlich, bis wie weit hinein in die sogenannte ›Mitte der Gesellschaft‹ politisch gepunktet werden kann, wenn rassistische und antiziganistische Stimmungen bedient werden. In Hetze und Abwehr einbezogen wurden schließlich sogar Helfer, die Flüchtende im Mittelmeer vor dem Ertrinken retten. Die bürgerlichen Masken beginnen zu fallen, wenn in einer Logik der Barbarei das von Rechten in Chemnitz grölend geforderte ›Absaufen‹ von Menschen im Mittelmeer zur Normalität werden soll. Bestraft werden soll dann nicht unterlassene Hilfeleistung. Strafe droht denjenigen, die Geflüchtete vor dem Ertrinken retten. Wie weit Vernichtung durch ›Absaufen‹ bürgerlich diskutierbar geworden ist, wird in einer Diskussion in der Wochenzeitung *Die Zeit* deutlich, die mit dem Titel überschrieben ist: »Private Helfer retten Flüchtlinge und Menschen aus Seenot. Ist das legitim? Ein Pro und Contra«.

Dass der Rechtsstaat im Sumpf eines auf einem ›gesunden Volksempfinden‹ basierenden ›gesunden Menschenverstandes‹ fundiert werden soll, machte der nordrheinwestfälische Innenminister Reul deutlich. Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster, den nach Trickereien von Behörden und Justizministerium wegen Gefährdung den zu Unrecht nach Tunesien abgeschobenen Islamisten Sami A. nach Deutschland zurückzuholen, stellte Reul unter den Vorbehalt des Rechtsempfindens der Bevölkerung, als er verlauten ließ: »Richter sollten immer auch im Blick haben, dass ihre Entscheidungen dem Rechtsempfinden der Bevölkerung entsprechen.«² Auch der für die unrechtmäßige Abschiebung zuständige

2 *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 18./19.8.2018.

Justizminister Stamp handelte offensichtlich im Konsens mit der dominanten deutschen Stimmungslage im Herbst 2018. »Der Rückhalt in der Bevölkerung für Stamps Kurs, im Umgang mit Gefährdeten bis an die Grenzen des Rechtsstaates zu gehen, ist ungebrochen«, stellt der *Kölner Stadt-Anzeiger* fest.³

Indes erfreuen sich linke Bewegungen an der Rückkehr der ›sozialen Frage‹. In den Hochzeiten der Postmoderne waren soziale und politisch-ökonomische Fragen gegenüber kulturalistischen Orientierungen in den Hintergrund getreten. Die Frage nach sozialer Ungleichheit war überlagert von der Fokussierung auf die im Zusammenhang von Rassismus und Sexismus thematisierte Ungleichheit, die weitgehend ohne Rückbezug auf den politisch-ökonomischen Kontext und ohne Reflexion der gesellschaftlichen Totalität diskutiert wurde. Angesichts der kaum noch zu übersehenden Prekarisierungs- und Verelendungstendenzen, der offensichtlichen Abstiege und Abstiegsängste in der Mitte sowie des durch Trump und das Aufkommen von AfD, Pegida etc. doch recht ramponierten Bildes postmoderner Buntheit meldet sich die bei Linken vertraute ›soziale Frage‹ zurück. Und mit ihr verbinden sich zahlreiche Versuche, soziale Disparitäten und Ausgrenzungen doch wieder im Rahmen – wenn auch modifizierter – Klassenverhältnisse zu thematisieren und Hoffnungen, den ausgebliebenen, guten, altvertrauten Klassenkampf reanimieren zu können.

Wie obsolet solche Versuche sind und in welchen Zusammenhängen sie stehen, hat das diesjährige exit!-Seminar deutlich gemacht. Wenn auch phänomenologisch-soziologische Analysen sozialer Disparitäten durchaus zutreffend erscheinen, bleibt der Rückgriff auf den Klassenbegriff anachronistisch. Er weicht genau vor dem zurück, was zu erkennen notwendig wäre: das Ende des patriarchalen Arbeitssubjekts. Ohne diese Erkenntnis wird es bei dem bleiben, was wir gegenwärtig erleben: beim Abstrampeln, um auf der nach unten fahrenden Rolltreppe den Status zu halten. Wenn es sein ›muss‹, wird er auch aggressiv gegen Konkurrenten verteidigt. Dies wiederum kann einhergehen mit sozialen und rassistischen Diskriminierungen, die bei der sich verschärfenden Wende von der sozialen zur repressiven Moderne in Gestalt autoritärer Krisenverwaltung darauf hinaus laufen, dass kleinbürgerliche und rechte Stimmungslagen

3 *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 18.8.2018. Aufgrund einer Verbalnote der tunesischen Botschaft, in der garantiert wird, dass der abgeschobene Asylbewerber in der Heimat keine Folter oder andere menschenrechtliche Verstöße zu befürchten habe, ist das Abschiebeverbot inzwischen aufgehoben. Das ändert aber nichts an der politischen Beurteilung von Verhalten und Äußerungen der Minister.